

Udo Etterich

AUF  
DEM

**SCHERBEN  
HAUFEN  
DER POLITIK**

Wie schlecht regiert wird  
und wie man es besser machen kann

# Auf dem Scherbenhaufen der Politik

**Wie schlecht regiert wird  
und wie man es besser  
machen kann**

Leseprobe

Bibliografische Information der Deutschen  
Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek  
verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Herstellung und Verlag:  
BoD - Books on Demand, Norderstedt

Lektorat: Henning Aibel  
Coverlayout: Sabine Abels | [www.e-book-erstellung.de](http://www.e-book-erstellung.de)

Erste Auflage: 09.02.2017

Copyright © 2017 Udo Etterich

ISBN: 978 3 743 19023 8

# Inhaltsverzeichnis

Demokratie .....	9
Machtstaat .....	10
Historischer Exkurs: Feudalherrschaft .....	12
Undemokratische Methoden .....	14
Demokratiekiller .....	18
Das Volk entscheidet! .....	20
Moral .....	22
Ehrlichkeit .....	23
Lügen Politiker? .....	24
Stehlen Politiker? .....	24
Sind Politiker rechtschaffen? .....	26
Sind Politiker fair? .....	26
Sind Politiker geradlinig? .....	27
Sind Politiker offen? .....	28
Glaubwürdigkeit .....	29
Vertrauen .....	31
Kompetenz .....	33
Kommunikation und Politikersprache .....	35
Nichts sagen, ... ..	35
... viel reden .....	37
Unwörter .....	38

Nebel statt Klarheit .....	40
Manipulation? .....	42
Schauspiel Politik .....	44
Charlie Hebdo .....	46
Klimaschutz.....	47
Homosexuelle Ehen und Frauenquote .....	50
Talkshows.....	50
G7-Gipfel in Weiß-Blau .....	52
Epidemien und Gesundheit .....	52
IS-Terror .....	54
Ukraine .....	55
Spektakel ohne Mehrwert .....	55
Parteien-Einheitsbrei .....	56
Machtverteilung .....	60
Halbwahrheiten.....	62
Kriege Schaffen .....	64
Der Profit der Rüstungskonzerne .....	66
Waffen gegen Terroristen, Hilfe für Demokraten? .....	67
Israel und die Palästinenser .....	69
Wahhabiten und Muslimbrüder .....	70
Sanktionen, Interventionen – Anarchie .....	71
Zusammenarbeit mit Diktaturen .....	76

Korruption ignorieren.....	77
Entstehung von Terrorgruppen fördern .....	80
Versäumnisse und Fehler.....	82
Islamismus und Islam.....	86
Dschihadisten und Salafisten .....	88
PEGIDA .....	92
Ukraine-Politik .....	95
Finanzpolitik .....	97
Die schwarze Null .....	98
Euro-Rettung unter falschen Vorzeichen.....	100
Umverteilung.....	103
Fehler vertuschen .....	104
Vorbilder, die keine sind.....	105
Staatsschulden .....	106
Geld drucken, Schulden machen.....	107
Mogelpackung „Weiter so“ .....	109
Bankenrettung .....	112
Familien-, Sozial- und Arbeitspolitik .....	116
Frauenquote.....	116
Arbeitslosigkeit .....	117
Flüchtlingspolitik .....	122
Das Spiel mit Zahlen.....	124

Europäische Daumenschrauben .....	127
Lösungswege.....	129
Kein Wille, kein Konzept, keine Übersicht.....	133
Verantwortung übernehmen .....	138
Integration, Kontrolle, Aufklärung.....	143
Rechtsextremismus .....	148
Nutzen für wenige .....	150
Verkehrspolitik .....	154
Kraftstoffpreise – eine Rechnung.....	155
Stau-Einnahmen .....	156
Laientheater Pkw-Maut.....	158
Energiepolitik .....	159
Atomausstieg – wer zahlt?.....	160
Kohle – für wen?.....	163
TTIP/CETA – Ausverkauf europäischer Interessen	164
Wie verhandelt wird .....	168
Auf dem Prüfstand – Fracking .....	169
Aushebelung europäischer Standards .....	171
Strittige Schiedsgerichte.....	175
Geheimverhandlungen .....	176
Freihandelsabkommen gefährden Arbeitsplätze .	178
Nicht fair, nicht gerecht.....	179

Rentenpolitik .....	181
Lobbyismus .....	186
Aufsehenerregende Wechsel .....	189
Politiker als Wirtschaftsfreunde .....	191
Der gläserne Bürger .....	192
Wahlbeteiligung .....	200
Gutes und schlechtes Regieren .....	210
Im Jahr 2025 .....	217
Was die Politik tun muss .....	221
Schlusswort .....	224

Leseprobe



Leseprobe

## Demokratie

Das Wort Demokratie kommt aus dem Griechischen und bedeutet „Volksherrschaft“. Jeder Staat gibt sich eine Ordnung, die festlegt, wer bestimmen darf. Wer z. B. festlegen darf, an welche Gesetze sich alle halten müssen. In einer Demokratie bestimmen darüber die Bürger des Staatsvolkes.

Die Idee der Volksherrschaft ist alt. Kluge Menschen haben sich diese Regierungsform im 6. Jahrhundert v. Chr. ausgedacht. Sie fanden es sehr ungerecht, dass immer nur einer, etwa ein König oder ein Tyrann, oder nur wenige (Oligarchie) die Macht im Staat innehatten. Ihre Idee war, dass jeder Bürger das Recht haben sollte mitzubestimmen. Alle Bürger sollten also ein Stück Macht erhalten.

Ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie ist das Prinzip der Gewaltenteilung, wie sie z. B. das Grundgesetz festschreibt.

- Legislative (gesetzgebende Gewalt) – auf Bundesebene Bundestag und Bundesrat,
- Exekutive (vollziehende Gewalt) – auf Bundesebene die Bundesregierung
- Judikative (rechtsprechende Gewalt) – die (ordentlichen) Gerichte

Die Gewalten sollen sich gegenseitig kontrollieren. Dadurch wird Macht begrenzt und beschränkt.

Theoretisch. Wie sieht es in der Praxis aus? Einige Beobachtungen dazu:

Bei der Gesetzgebung sitzt die Wirtschaft direkt am Tisch und schlägt Gesetze vor, die dann oft unverändert übernommen werden. Die Instrumente der vollziehenden Gewalt, etwa die Polizei, ist hoffnungslos unterbesetzt; private Sicherheitsfirmen, sogar Bürgerwehren, übernehmen hoheitliche Aufgaben. Die Rechtsprechung ist teilweise unter der Kontrolle von Privatpersonen. So fällen Richter aufgrund von Sachverständigengutachten ihr Urteil – Gutachten, die teilweise die Interessen des Auftraggebers widerspiegeln. Vom Gericht bestellte Betreuer bringen von ihnen betreute Menschen um ihr Vermögen.

Das Fundament der Demokratie bröckelt. Der Bürger bestimmt zwar, wer die Gesetze macht und wer die Macht im Staat hat. Allerdings kann der Bürger häufig nur noch zwischen Volksvertretern wählen, welche die Interessen bestimmter Lobbygruppen vertreten.

### Machtstaat

Daher müssen wir uns Gedanken machen, welche Staatsform wir eigentlich haben. Im Grunde ist die Bundesrepublik Deutschland, wie auch die Europäische Union, eine Mischung aus Machtstaat und Feudalherrschaft. In seinem Werk „Der Fürst“ hat Niccolò Machiavelli (\* 1469, † 1527) einst einen Staat beschrieben, der aus der Herrschaft der Starken entsteht.

Diese Herrschaft beruht wesentlich auf der Zustimmung der Schwachen. Ein Fürst braucht nur (militärisch) zu siegen und seine Herrschaft behaupten, so werden seine Mittel immer für ehrenvoll gehalten und von jedem gepriesen. Denn der Pöbel lässt sich vom Augenschein und Erfolg blenden. Und in der Welt gibt es nur den Pöbel ohne Rückgrat.

Genau so handeln auch Politiker in Deutschland: Sie behaupten ihre Herrschaft, indem sie ihre Politik so verkaufen, als handelten sie ehrenvoll. Mit Scheinerfolgen sollen ihre Wähler, die aus Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden, überzeugt werden. Auch sorgen die Machtinhaber dafür, dass andere sie nicht verdrängen können, etwa indem der Bevölkerung systematisch Bildung und Weiterbildung verwehrt wird. Es ist bekannt, dass das deutsche Bildungsniveau nur dem OECD-Durchschnitt entspricht.

Ein Beispiel dazu: Ein Hartz-IV-Empfänger erhält so lange Leistungen, wie er sich nicht weiterbildet oder eine Maßnahme des Jobcenters annimmt. Sobald er eine Ausbildung oder ein Studium beginnt, werden seine Leistungen gestrichen, weil er dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung steht. Das gilt auch für Studien und Ausbildungen, die große Chancen auf einen Wiedereinstieg ins Arbeitsleben versprechen. Dem Betroffenen wird der finanzielle Boden entzogen, wenn er sich weiterbilden möchte. Ihm wird ein neuer Berufseinstieg verwehrt.

„Der Pöbel wird nicht standhalten, wenn er nicht genügend Rückhalt findet“, so Machiavelli. Rein wissenschaftlich gesehen sind wir ebenfalls auf dem Weg in einen Machtstaat. Denn die Demokratie verliert ihr Fundament, was durch politisches Desinteresse, Politikverdruss, geringe Wahlbeteiligung und das Aufkommen von Organisationen wie PEGIDA belegt werden kann.

### Historischer Exkurs: Feudalherrschaft

Im Feudalismus überließ der Fürst einer Kriegerkaste Teile seines Grund und Bodens, einschließlich der darauf befindlichen Bewohner, zur materiellen Versorgung. Dieses Lehen („feudum“ oder „beneficium“) wurde anfänglich nur verliehen, gleichsam als Gegenleistung für Loyalität (Treue) und (militärische) Unterstützung durch den Vasallen. Aus dem Lehensverhältnis entwickelte sich im Lauf der Zeit herrschaftliche und wirtschaftliche Rechtsnormen, die den unteren Stand der Bauern unfrei und wirtschaftlich abhängig machte und ihn damit auch von der politischen Willensbildung ausschloss.

Der Feudalismus war von der Naturalwirtschaft geprägt. Der überwiegende Teil der Bevölkerung bestand aus Bauern. Sie waren größtenteils nicht Eigentümer des von ihnen bestellten Landes, sondern einem Grundherrschaftsherrn hörig. Das bedeutet:

- Sie waren an die Scholle (das zu bestellende Land) gebunden (glebae adscripti) und hatten nicht das Recht, sie zu verlassen.

- Sie waren der Rechtsprechung ihres Herrn unterworfen.
- Sie schuldeten dem Grundherrn Abgaben, sowohl in Form von Arbeitsleistungen (Fron) auf dem direkt vom Grundherrn bestellten Land (Salland) als auch in Form von Naturalabgaben, die aus demjenigen Stück Land aufgebracht werden mussten, das sie selbst bewirtschafteten. Frondienste und Naturalabgaben wurden später größtenteils durch Geldabgaben abgelöst.

Zur Beurteilung des Feudalismus als Wirtschaftssystem gehört auch die Beobachtung, dass ein Teil der Einnahmen des Feudalherrn wieder verteilt wurde, etwa als patriarchalisches Almosen oder als Geschenk an besonders „treue“ Vasallen. Der Feudalherr hatte nämlich für Gerechtigkeit zu sorgen, (die allerdings in der Realität nur selten erreicht wurde. Auch wich das damalige Rechtsempfinden deutlich vom heutigen ab).

Der Feudalismus kann durchaus mit der Ausprägung unserer Demokratie verglichen werden. Die Lehensherren sind die Politiker, die Kriegerkaste ist die Wirtschaft, die Bauern sind das Volk. Die Wirtschaft erhält Wohltaten auf Kosten der Bevölkerung, z. B. Subventionen und Steuervergünstigungen; Banken werden mit großem Aufwand „gerettet“. Aus diesen Wohltaten entstehen Rechtsansprüche. Die Bürger haben trotz ihres Wahlrechts nur noch wenig Einfluss auf die Politik. Sie sind „hörig“ und „unfrei“.

[.....]

Leseprobe

## Kommunikation und Politikersprache

Volksvertreter sollen die Interessen des Volkes vertreten. Ob sie das tun, wurde an anderer Stelle geklärt. Um den Bürgern ein Feedback zu geben, nutzt ein Politiker in der Regel die Medien. Leider meint die Politikerzunft, sich anders darstellen zu müssen, als sie wirklich ist. Diese nicht authentische und nicht wirklichkeitsgetreue Darstellung der eigenen Person fördert bei den Bürgern das Desinteresse an der Politik.

Nichts sagen, ...

„Uns ist es gelungen...“ – Wir haben es versucht und zu unserer eigenen Überraschung haben wir es geschafft. Hiermit soll vorgegaukelt werden, dass die Beteiligten sich so verausgabt haben, dass sie gerade noch dieses Interview geben konnten. Ob ein Problem gelöst wurde, ist nicht klar. Falls eine Lösung gefunden wurde, ist auch nicht klar, ob sie substantiell und dauerhaft ist.

„Wir müssen...“ – bisher wurde nichts getan und auch in Zukunft wird sich nicht viel ändern. „Wir müssen die kalte Progression abschaffen.“ Dieses Statement hören wir seit 25 Jahren! Dass man es tun muss, soll heißen, dass man noch nicht zum Abschluss gekommen ist. Tatsächlich aber hat man bisher nichts in die Wege geleitet – und wird es auch nicht tun. Der Politiker kann sich jederzeit herausreden und sagen: „Dass wir das tun müssen, habe ich schon immer gesagt.“



„Mit Verlaub...“ – ein Synonym für Einwilligung oder Erlaubnis. Leider haben die Politiker noch nicht bemerkt, dass dies der Wortschatz unserer Urahnen war und heute in unserer Alltagssprache keinen Platz mehr hat.

„Spätromische Dekadenz...“ – das war der Luxus der Patrizier im Römischen Reich. Dieser Luxus entlud sich z. B. in Fressorgien mit Delikatessen wie gepfefferten Mücken in Eidotterhülle. Der Vergleich mit Hartz-IV-Empfängern kann nur als unmoralischer Angriff auf Leidtragende gewertet werden. Erst vernichtet man deren Jobs und schafft immer mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse und dann werden die Betroffenen noch von Guido Westerwelle beschimpft.

„Wähler und Wählerinnen“... – damit soll die Gleichberechtigung von Mann und Frau vorgegaukelt werden. In wichtigen Bereichen ist diese Gleichberechtigung aber nicht vorhanden oder noch nicht hergestellt. Alleinerziehende Frauen leben meistens auf Sozialhilfeniveau. Bei einer Beschäftigung erhalten sie im Vergleich mit ihren männlichen Kollegen meistens nicht das gleiche Gehalt für gleiche Arbeit. Wenn in diesem Buch von Wählern, Bürgern etc. die Rede ist, sind *beide* Geschlechter gemeint. Es ist heuchlerisch, wenn man sich einer „gleichberechtigten“ Ausdrucksweise bedient und an anderer Stelle die Interessen von Alleinerziehenden mit Füßen tritt.

„Das war ein barbarischer Akt“– ...wird meistens nach Terroranschlägen in den westlichen Ländern verwendet. Das kann man uns aber getrost ersparen, zeugt diese Phrase doch von Sprach- und Hilflosigkeit.

... viel reden

Eine rhetorische Meisterleistung war die Rede des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber zu den Vorzügen des Transrapid zwischen München-Hauptbahnhof und dem Franz-Josef-Strauß-Flughafen am 21. Januar 2002:

„Wenn Sie vom Hauptbahnhof in München ... mit zehn Minuten, ohne, dass Sie am Flughafen noch einchecken müssen, dann starten Sie im Grunde genommen am Flughafen ... an ... am Hauptbahnhof in München starten Sie Ihren Flug. Zehn Minuten. Schauen Sie sich mal die großen Flughäfen an, wenn Sie in Heathrow in London oder sonst wo, meine sehr ... äh, Charles de Gaulle in Frankreich oder in ... in ... in Rom. Wenn Sie sich mal die Entfernungen anschauen, wenn Sie Frankfurt sich ansehen, dann werden Sie feststellen, dass zehn Minuten Sie jederzeit locker in Frankfurt brauchen, um ihr Gate zu finden. Wenn Sie vom Flug ... vom ... vom Hauptbahnhof starten – Sie steigen in den Hauptbahnhof ein, Sie fahren mit dem Transrapid in zehn Minuten an den Flughafen in ... an den Flughafen Franz Josef Strauß.

Dann starten Sie praktisch hier am Hauptbahnhof in München. Das bedeutet natürlich, dass der Hauptbahnhof im Grunde genommen näher an

Bayern ... an die bayerischen Städte heranwächst, weil das ja klar ist, weil auf dem Hauptbahnhof viele Linien aus Bayern zusammenlaufen.“<sup>13</sup>

Man kann man davon ausgehen, dass Stoiber freigesprochen hat. Keiner seiner Mitarbeiter hatte eine Rede pro Transrapid erarbeitet und ihm vorgelegt. Eigentlich war das positiv, wenn das Ergebnis keine rhetorische Vergewaltigung gewesen wäre. Positiv deshalb, weil der Politiker authentisch wirkte. Man kann aber erwarten, dass ein Ministerpräsident inhaltliche Zusammenhänge korrekt, wenn auch nicht perfekt, darstellen kann.

Spezielle Wortschöpfungen gehörten auch zum Talent des ehemaligen Ministerpräsidenten. Der „Problembär“, der in Bayern sein Unwesen trieb, ist ein Beleg. Hier wurde ein verunsichertes Tier zur Bedrohung „aufgeblasen“, um von richtigen Problemen abzulenken. Diese rhetorischen Unfälle waren eine Blamage im In- und Ausland.

### Unwörter

Wenn man sich die „Unwörter des Jahres“ ansieht, fällt auf, dass viele von Politikern kreiert oder in der Politik verwendet wurden. 1991 wurde mit der Kür begonnen: In einer sprachkritischen Aktion wählt eine Jury Wörter aus, die als sachlich unangemessen oder inhuman gewertet werden. Einige Beispiele:

„Sozialtourismus“ (2013). – mit dem Schlagwort sei „von einigen Politikern und Medien gezielt Stimmung

[.....]

Leseprobe

qualitativen Eigenschaften des Menschen beschäftigt, z. B. Persönlichkeit, Entscheidungsfreiheit und Selbstbestimmung. Verhaltensökonomie beschäftigt sich mit menschlichem Verhalten in der Wirtschaft. Dabei wird rationales und irrationales Verhalten untersucht, etwa auch in ihren Auswirkungen auf die Finanzmärkte. Erkenntnisse und Methoden aus diesen Wissenschaften werden genutzt, um den Bürger zu „überzeugen“, auch von einer Politik, die nicht in seinem Interesse sein kann. Es geht um die Kontrolle von Meinungen und Menschen.<sup>27</sup>

Fachleute werden bemüht, um den Bürger daran zu hindern, sich ein eigenständiges Urteil zu bilden. Wenn man nur das Beste für den Bürger will, würde man ihm einfach zuhören, sich mit seinen Sorgen und Nöten beschäftigen und die große Distanz zwischen ihm und der Politik versuchen abzubauen.

## **Schauspiel Politik**

In den deutschen Medien kommen meist nur Spitzenpolitiker zu Wort, Mitglieder von Ausschüssen, Arbeitsgruppen und Fachabteilungen leider nicht. Dabei sind diese Personen diejenigen, die das Funktionieren unseres Staates erst möglich machen, indem sie z. B. Gesetze ausarbeiten. Der Unterschied zwischen diesen Personengruppen und den Spitzenpolitikern ist die Art der Kommunikation. Die Personen der zweiten Reihe kommunizieren sachlich

und zielorientiert, Spitzenpolitiker inszenieren sich selbst.

Die Kommunikation der Fachleute gestaltet sich, sollten sie überhaupt zu Wort kommen, sachlich und ohne rhetorische Klimmzüge. Die Kommunikation der Spitzenpolitiker basiert auf Schauspielerei. Als Schauspieler werden Akteure bestimmter künstlerischer und kultureller Praktiken bezeichnet, die mit Sprache, Mimik und Gestik eine Rolle verkörpern oder über eine (Kunst)figur mit dem Publikum interagieren.<sup>28</sup> Dem Publikum wird also etwas vorgespielt. Dabei spielt Rhetorik eine große Rolle (siehe Kapitel „Kommunikation und Politikersprache“). Auch Gesten, wie die „Raute“ von Kanzlerin Merkel ist ausgeklügelte Schauspielerei. Nach ihren Angaben birgt die Merkel-Raute eine gewisse Symmetrie und helfe ihr, den Rücken gerade zu halten. Wahrscheinlicher ist, zu vermitteln, dass alles unter Kontrolle ist. Bodenständigkeit und Vertrauen soll ausgestrahlt werden.<sup>29</sup>

Politische Schauspielerei hat den Zweck, sich selbst zu profilieren und das Publikum zugunsten des eigenen Machterhalts zu kontrollieren. Das Treffen der sieben führenden Industrienationen im Juni 2015 in Bayern ist ein gutes Beispiel dafür: Für insgesamt 360 Mio. € gönnten sich die führenden Staatenlenker ein geruhames Wochenende auf großer Bühne vor imposanter Kulisse. In blühender Landschaft wurde zum Gruppenfoto posiert und man frühstückte zu

Weißwurst und Weißbier mit Bürgern aus Krün. Das Traurige war, dass der Steuerzahler die Zeche zahlte. Außerdem wurde das Demonstrationsrecht stark eingeschränkt.

### Charlie Hebdo

Nach den Anschlägen Anfang 2015 auf die französische Satirezeitung „Charlie Hebdo“ und einen jüdischen Supermarkt in Paris gab es eine Inszenierung besonderer Art. Das Publikum waren die Bürger, die selbst nach einem so schrecklichen Ereignis hinter Licht geführt wurden.

Diese Bilder gingen um die Welt. Die Staats- und Regierungschefs der Welt marschierten am Sonntag Arm in Arm durch Paris, um ihre Solidarität mit den Opfern der Anschläge zu zeigen. Auf den Bildern sieht man, wie die Staats- und Regierungschefs geschlossen nebeneinander schreiten. Der Betrachter glaubt, diese seien ein unmittelbarer Teil der eine Million Menschen, die in Paris gegen den Terror demonstrierten. Doch die Fotos lügen.

Gemacht wurden die Bilder nicht auf den Straßen und Plätzen, auf denen Hunderttausende demonstrierten, sondern in einer einsamen Nebenstraße, wie etwa „The Independent“ und „Daily News“ berichteten. Nach Angaben französischer Medien wurde die Szene auf dem Platz Léon Blum in der Nähe der Metro-Station „Voltaire“ aufgenommen. Der Ort sei wegen der symbolischen Bedeutung der Namen gewählt worden. Die Aufnahmen seien gegen

15.30 Uhr entstanden. Kurze Zeit später seien alle Spitzenpolitiker wieder in ihre Autos gestiegen und davongefahren, berichtet „Le Monde“. Nur Frankreichs Präsident François Hollande und der damalige Premierminister Manuel Valls hätten sich noch auf den Weg zu den Überlebenden des „Charlie Hebdo“-Attentats gemacht. Fotos, die aus der Distanz aufgenommen wurden, zeigen, dass die Staats- und Regierungschefs ihre eigene Gruppe bildeten – umgeben von Sicherheitspersonal.

Auf Twitter posteten Nutzer Fotos, die zeigen, dass die Staatslenker weder die Massen anführten noch ein Teil der Massen waren. Der Journalist Borzou Daragahi: „Es scheint, dass die Weltführer die 'Charlie-Hebdo'-Demonstranten nicht führten, sondern einen Foto-Termin in einer einsamen, bewachten Straße absolvierten.“<sup>30</sup>

## Klimaschutz

Kanzlerin Merkel präsentiert sich gerne als Umweltpolitikerin. 2007 machte sie sich mit dem damaligen Bundesumweltminister Gabriel auf, um medienwirksam mit dem Boot in arktischen Gewässern herumzufahren. Die Politiker der Opposition haben den Braten gerochen. Die Grünen-Politikerin Renate Künast hatte der Kanzlerin vorgeschlagen: „Merkel kann sich ja auch ins asiatische Hochwasser stellen.“ Sie sprach zurecht von Show und Inszenierung. Die Krux ist, dass auch Renate Künast zu der Spezies Politiker gehört, die es nicht anders machen würde.



Während ihrer Showeinlage stellte Merkel fest, dass die Temperatur in Grönland in den vergangenen zehn Jahren um 1,5 °C gestiegen sei, doppelt so viel wie im Weltdurchschnitt. Ihr Sprecher: Die Kanzlerin werde verdeutlichen, „welche Herausforderungen auf der Menschheit ruhen“. Sie sei außerdem „als promovierte Physikerin besonders am Thema interessiert“. Der Klimaschutz-Index 2014 von Germanwatch sieht das anders: Deutschland gehöre nicht mehr zu den Wegbereitern einer europäischen Klimaschutzpolitik. Zu wenig Förderung von notwendigen Reformen, Blockaden und kontraproduktive Politik bei europäischen Entscheidungen und deutschen Beschlüssen seien die Gründe.<sup>31</sup>

Das deutsche Klimaziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 zu reduzieren, erfordert einen Verzicht auf 80 % der Reserven fossiler Energieträger, also auch auf Erdöl. Tatsächlich verhält sich die deutsche Politik aber anders. In der Arktis lagern riesige Erdöl- und Gasvorkommen, die angezapft werden sollen. Das deutsche Wirtschaftsministerium ist weniger an der Vermeidung der Polschmelzen als an den Vorteilen dieser Schmelze interessiert. Die von ihm geförderten Hamburgische Schiffbau-Versuchsanstalt erforscht für die Industrie, wie Schiffe gebaut werden müssen, um dem (dünner werdenden) Eis der Arktis standzuhalten. So können demnächst Riesentanker die Nord-Ost-Passage durch das Nordpolarmeer fahren und Profite erwirtschaften. Das Institut erforscht auch, wie

[.....]

Leseprobe

Kanzlerin Merkel hat gerade dann kein Problem mit Korruption, wenn es sich um das gleiche politische Lager handelt. Sie hatte keine Bedenken, den spanischen Premierminister Rajoy zu besuchen, obwohl sie wusste, dass er in einem bemerkenswerten Korruptionsskandal verwickelt war. Seine Volkspartei (PP) hatte mit Kenntnis Rajoys 20 Jahre lang illegale Spenden – Schmiergeld – von Unternehmen erhalten. Der Schatzmeister der Partei wurde in Haft genommen. Merkel reiste ungeachtet dessen nach Spanien und unterstützte Rajoy im Wahlkampf.

Korruption ist auch in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Bulgarien verbreitet. Bulgarien lag im Index von Transparency International 2014 mit Rumänien auf Rang 69 – hinter Südafrika, Ghana und Saudi-Arabien. Es ist schon ein EU-Debakel, dass Brüssel permanent wegschaut. Die Homepage des Auswärtigen Amtes erwähnt korrupte ausländische Regierungen mit keinem Wort, obwohl dort auch deutsche Steuergelder verschwinden.

## **Entstehung von Terrorgruppen fördern**

Es ist der 7. Januar 2015, der Tag des Attentats auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ in Paris. In den Medien wird über dieses Ereignis ausgiebig berichtet. Es war ein furchtbarer Anschlag, bei dem viele Menschen ihr Leben verloren. Der Anschlag richtete sich gegen die westliche Gesellschaft und die

Meinungs- und Pressefreiheit in Europa. Für die Terrorakte vom 13. November 2015 in Paris gilt dies gleichermaßen.

Warum wurden die Anschläge verübt und warum gerade in Frankreich? Der Hass radikaler Islamisten auf Europa wuchs ständig. Kein Politiker war bis dahin in der Lage, dies zu erkennen und dem entgegenzuwirken. Stattdessen wurde nach den Anschlägen von „Krieg“ gesprochen. Selbst der ehemalige deutsche Bundespräsident beteiligte sich an dieser Rhetorik. Krieg ist ein organisierter und unter Einsatz erheblicher Mittel mit Waffen und Gewalt ausgetragener Konflikt, an dem oft mehrere planmäßig vorgehende Kollektive beteiligt sind. [...] Die dazu stattfindenden Gewalthandlungen greifen gezielt die körperliche Unversehrtheit gegnerischer Individuen an und führen so zu Tod und Verletzung. Neben Schäden an den am Krieg aktiv Beteiligten entstehen auch immer Schäden, die unbeabsichtigt sind. Sie werden heute euphemistisch als „Kollateralschäden“ oder Begleitschäden bezeichnet. Krieg zerstört auch die Infrastruktur und die Lebensgrundlagen der Bevölkerung.

Bei den Anschlägen von Terrorgruppen gibt es keine Kollateralschäden, denn sie planen größtmögliche Schäden, unbeabsichtigte Schäden gibt es nicht. Auch die Infrastruktur wird durch Anschläge wie in Paris nicht zerstört. Die Anschläge sind also kein Krieg.

## Versäumnisse und Fehler

In den vergangenen Jahren vollzog sich eine Entwicklung, in der sich radikal-islamische Terrorgruppen, wie Al-Qaida und der Islamische Staat, formierten. Auch wurden einige Bevölkerungsgruppen, hauptsächlich arabischer Herkunft, von der europäischen Politik sträflich vernachlässigt. Ein Beispiel ist unser westlicher Nachbar:

- Frankreich hat seine Emigranten aus dem arabischen bzw. nordafrikanischen Raum in Vorstädten eingepfercht – und nichts für ihre Integration getan. Die Jugendlichen dort haben nur geringe Perspektiven in der französischen Arbeitswelt. So wurden sie für die Losungen radikalislamischer Gruppen empfänglich. Selbst nach den Krawallen 2010 in den Vorstädten wurden die Probleme ignoriert. Jetzt erhält man die Quittung für eine misslungene Integration. Deshalb ist der Zulauf zu Terrorgruppen im Jahr 2015 noch einmal rasant angestiegen.

- die Attentäter von „Charlie Hebdo“ waren den Behörden bekannt, man hat sie aber gewähren lassen. Den Behörden war auch bekannt, dass die Attentäter von „Charlie Hebdo“ mit dem dritten Attentäter von Paris Kontakt hatten und dass alle drei eine Ausbildung bei Al-Qaida im Jemen bzw. beim IS in Syrien absolviert hatten. Ein Terrorist war auffällig geworden, als er in Frankreich für IS rekrutierte. Ähnlich war es bei den Attentätern der Anschläge im November 2015.

Die Attentäter von „Charlie Hebdo“ waren in Frankreich zur verdeckten Überwachung ausgeschrieben, was aber offensichtlich die Strafverfolgung nicht aktivierte. Alle drei standen auch auf einer Terrorliste für die USA. – Man ließ sie gewähren.

Der radikalislamische Terrorismus fand gerade im Irak und Libyen ein ideales Betätigungsfeld, weil der Westen durch Interventionen oder Untätigkeit dort Chaos und Anarchie hinterlassen hat.

Der erste und zweite Irak-Krieg etwa wurde von den Amerikanern angezettelt, weil die USA die Erdölförderung unter ihre Kontrolle bringen wollte und Diktator Saddam Hussein eine Politik zum Nachteil der USA betrieb. Syrien wurde nach Kriegsbeginn sich selbst überlassen in der Hoffnung, dass Präsident Assad von der eigenen Bevölkerung vertrieben wird. Der Krieg in Libyen wurde von Frankreich und Großbritannien geführt. Dann wurde auch das Land sich selbst überlassen. Afghanistan hat sich seit 2001 zu einer unendlichen Geschichte entwickelt...

Gerade Syrien wurde von der westlichen Welt allein gelassen. Dann wunderten sich Obama, Merkel und Hollande, dass dort Terrorgruppen regen Zulauf haben, nicht nur aus der Region, sondern auch aus Europa. In Westafrika wird Nigeria von Boko Haram terrorisiert. Die Medien berichten darüber, die Politiker unternahmen bisher nichts. Dem Zulauf zu den

[.....]

Leseprobe

230 Mio. €, falls es durch die Abschaltung der Kernkraftwerke zu Engpässen bei der Stromversorgung kommt. Bereits jetzt wird ein enormer Stromüberschuss produziert, der staatlich finanziert dann weiterverkauft wird, z. B. nach Frankreich. Es ist ziemlich unwahrscheinlich, dass die Sicherheitsreserve jemals gebraucht wird.

Bemerkenswert ist auch der Ablauf des Entscheidungs- und Gesetzgebungsverfahrens. Nach Recherchen des WDR waren RWE, Vattenfall und Mibrag direkt an der Erarbeitung des entsprechenden Gesetzesentwurfes beteiligt, die dafür zuständige Netzagentur aber nicht.<sup>87</sup> Ex-Wirtschaftsminister Gabriel verschacherte unser Land. Als Sozialdemokrat sollte er eigentlich sozial handeln. Die Parteigenossen ließen ihn gewähren. Nicht zuletzt deshalb befand sich die SPD im freien Fall.

## **TTIP/CETA – Ausverkauf europäischer Interessen**

TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) sind transatlantische Freihandelsabkommen in Form eines völkerrechtlichen Vertrages zwischen der Europäischen Union und den USA bzw. Kanada.<sup>88</sup> Die Verhandlungen für TTIP begannen im Juli 2013 und sind noch nicht abgeschlossen. Nach der Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten Trump



sind die Chancen gering. Gabriel verkündete dann in seiner Amtszeit als Wirtschaftsminister auch, TTIP habe keine Chance auf Abschluss. Dafür kommt aber CETA. Dies sei wesentlich verbraucherfreundlicher. Ist es das? Tatsache ist, dass CETA als Vorlage für TTIP herhielt. Das Gleiche wird jetzt als Verbraucherschutz verkauft. Sobald CETA von den Länderparlamenten ratifiziert ist, sind nicht nur die kanadischen Konzerne auf der Agenda. Die amerikanischen Konzerne gründen ihre Niederlassungen in Kanada und setzen darüber ihre Interessen durch. TTIP kann entfallen.

Und was heißt „völkerrechtlicher Vertrag“? Im Gegensatz zu Abkommen oder multilateralen Verträgen zwischen Regierungen wird ein völkerrechtlicher Vertrag (durch die Parlamente) ratifiziert. Änderungen sind nur mit Zustimmung aller beteiligten Staaten möglich. Der Vertrag hat rechtlich einen höheren Rang und wird von den Vereinten Nationen und dem Internationalen Gerichtshof anerkannt. Der Vertrag bindet die Staaten und steht über nationalen Gesetzen. Deshalb können solche Verträge gefährlich für die Demokratien der europäischen Staaten sein. Und damit sind wir wieder beim Machtstaat – weil TTIP und CETA auch ein probates Mittel ist, diesen zu festigen.

Zwischenstaatliche Verträge erhalten durch das Wiener Übereinkommen von 1969 einen völkerrechtlichen Rahmen. Die USA sind, im Unterschied zu den europäischen Staaten und Kanada, diesem

Übereinkommen nicht beigetreten. Es ist zu erwarten, dass sie sich nur daranhalten, wenn es ihnen nützt.

Über die Tragweite eines völkerrechtlichen Vertrages wird, wie bei TTIP, meist nicht offen debattiert. Daher ist vielen Bürgern auch nicht bewusst, dass, wenn der Vertrag erst einmal unterschrieben ist, es kein Zurück mehr gibt.

TTIP umfasst folgende Bereiche:

- o Investitionsschutz
- o Deregulierung des Finanzsektors
- o Sozial-, Umwelt- und Lebensmittelstandards
- o Daseinsvorsorge
- o Kultur und Medien
- o Nachhaltigkeit
- o Energie und Rohstoffe
- o Pharmabranche
- o Dienstleistungen
- o Datenschutz
- o öffentliches Beschaffungswesen
- o Zollabbau
- o geografisch geschützte Angaben
- o Handelshemmnisse und Harmonisierung technischer Standards

Mit TTIP sollen Handelshemmnisse abgebaut werden, z. B. Zölle und Standards, um das Wachstum von Unternehmen zu fördern und Kosten für diese Unternehmen zu verringern. Die Vorteile für den einzelnen Bürger sind ungewiss. Eher sind für ihn gravierende Nachteile zu erwarten. Deutsche oder europäische Standards im Verbraucherschutz, Umweltschutz und sozialen Bereich könnten als Handelshemmnisse eingestuft werden und damit geschwächt oder abgeschafft werden. Die geplanten nicht staatlichen Schiedsgerichte wären befugt, Schadensersatzansprüche festzulegen, die von unabhängigen Gerichten nicht überprüft oder bestätigt werden können. Mit TTIP wollte die USA der Kontrolle des weltweiten Handels einen Schritt näherkommen. Die europäische Politik unterstützt dies mit Mehrheit.

TTIP untergräbt die Demokratie, besonders durch die geplanten Schiedsgerichte, die den einzelnen Mitgliedsstaat nach Belieben umgehen können. Das kann als Verstoß gegen das Grundgesetz gedeutet werden. An den Verhandlungen sind Lobbyvertreter der Industrie maßgeblich beteiligt, die Öffentlichkeit und die Parlamente werden weitgehend außen vorgelassen. Nicht einmal die EU-Parlamentarier haben vollständige Einsicht in die Verträge. Die EU-Kommission veröffentlicht nur den allgemeinen Stand der Verhandlungen, die einzelnen Vertragsbedingungen sind geheim. Demokratische Kontrolle wird also unterbunden. Das schafft Misstrauen. Eine

[.....]

Leseprobe

Willkür bestimmt die Rentengesetzgebung. Generationengerechtigkeit gerät unter die Räder. Politiker schielen auf ihre Wiederwahl. Der Wähler sollte daher darauf gefasst sein, dass die Rentenpolitik zur Stimmungsmache missbraucht wird. Wenn der heutige Beitragszahler in Rente geht, genießt der verantwortliche Politiker längst üppige Altersbezüge.

## **Lobbyismus**

Lobbyisten vertreten mit geballter Kraft die Interessen der Wirtschaft. Sowohl in Berlin als auch in Brüssel haben sie einen unverhältnismäßig großen Einfluss. Ihre Gesetzesvorschläge werden oft unverändert von unseren Politikern übernommen, was der entsprechenden Branche erhebliche Vorteile verschafft. Die Interessen der Wähler stehen nicht im Vordergrund.

In Berlin sind 2286 Lobbygruppen unterwegs, ca. 1000 haben einen Ausweis für den Deutschen Bundestag mit direktem Zugang zu den Abgeordnetenbüros. Der Bundestag hat hierzu eine Liste veröffentlicht.<sup>108</sup> Die Liste hat einen großen Erkenntniswert. Als Interessenvertretungen der Banken sind 14 Lobbygruppen aufgeführt. 22 vertreten die Lebensmittelbranche, darunter der Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e.V., die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V., der Bundesverband der Industrie- und Handelsunternehmen für Arzneimittel, Reformwaren,

Nahrungsergänzungsmittel und kosmetische Mittel e. V. oder der Honig-Verband e. V. Man erfährt aus dem Verzeichnis auch etwas über die Zukunftsaktion Kohlegebiete e. V.<sup>109</sup> Die Aufgabe dieses Vereins ist u. a. die Erhaltung von Stein- und Braunkohle als nationaler Sicherheitsreserve zur Energieversorgung. So wissen wir auch, warum Ex-Wirtschaftsminister Gabriel 1,6 Mrd. € für die Sicherheitsreserven spendiert hat.

Bei LobbyControl ist nachzulesen, dass sich der Lobbyismus bereits auf die Schulen ausgebreitet hat:

„Der Weg in die Schulen wird professionell organisiert. Unternehmen und Verbände drängen in die Schulen und werben für ihre Interessen und Produkte. Spezialisierte Agenturen bieten die Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen und Werbung im Schulumfeld als Dienstleistung an“. Weiter heißt es: “Das Problem: Die Inhalte werden an den Zielen der Lobbyisten ausgerichtet und sind entsprechend einseitig. Schulen werden für die Meinungsmache einzelner Interessengruppen instrumentalisiert. Es ist höchste Zeit zu handeln. Unsere Forderung: Die Politik muss wirksame Maßnahmen gegen Meinungsmache an Schulen ergreifen. Auch die Eltern, LehrerInnen und Schüler müssen die Aktivitäten an Schulen kritisch hinterfragen.“<sup>110</sup> Unsere Kinder werden manipuliert, damit Unternehmen ihre Gewinne erhöhen können. Das ist moralisch fragwürdig.

Die Lobbyproblematik in unseren Schulen ist auf die mangelnde Finanzierung des Bildungssystems durch den Staat zurückzuführen. So springen Lobbygruppen ein und erhalten im Gegenzug das Recht, für sich zu werben. Die Eltern der Schüler haben keinen Einfluss darauf und kein Mitspracherecht. Bezieht man die gesetzlich vorgeschriebene Schulpflicht in die Betrachtung ein, werden Eltern gleichsam gesetzlich verpflichtet, ihre Kinder am staatlich verordneten Lobbyismus teilnehmen zu lassen. Außerdem werden Bildungsaufgaben im staatlichen Schulsystem privatisiert.

Auch haben sich Lobbyisten der Lebensmittelindustrie in Berlin und Brüssel gut positioniert. So hat man den Lebensmittelherstellern gestattet, ihre Werbung für die Produkte, die für Kinder bestimmt sind, an einer Selbstverpflichtung zu Kindernahrungsmitteln auszurichten. Dadurch sollten nur gesunde Nahrungsmittel im Kinderprogramm beworben werden. Tatsächlich weisen 90 % der beworbenen Kinderprodukte zu viel Zucker und Fett auf.<sup>111</sup> Die Lobby hat auch erfolgreich verhindert, dass Verpackungen mit einer „Nahrungsmittelampel“ versehen werden. Damit hätte der Verbraucher auf sehr einfache Weise gesunde und ungesunde Nahrungsmittel voneinander unterscheiden können. So gibt uns weiterhin Kleingedrucktes unverständliche Informationen über Inhaltsstoffe.

Korruption (von lateinisch „corruptus“ = bestochen) im juristischen Sinn ist der Missbrauch einer Vertrauensstellung in Verwaltung, Justiz, Wirtschaft und Politik oder auch in nichtwirtschaftlichen Vereinigungen oder Organisationen (z. B. Stiftungen), um einen materiellen oder immateriellen Vorteil zu erlangen, auf den kein rechtlich begründeter Anspruch besteht.<sup>112</sup> Deutsche Politiker beschwerten sich zurecht, dass Griechenland so korrupt ist, dass es zum Himmel über der Akropolis stinkt. In Deutschland und im restlichen Europa ist es nicht anders, spielt sich jedoch nur auf höheren Niveau ab. Korruption wird Lobbyismus genannt. Das Prinzip ist dasselbe. Gezahlt wird nur nicht direkt und bar auf die Hand, sondern subtiler und verdeckt, etwa mit Aufsichtsratsposten und beruflichen Perspektiven.

Näheres dazu im nächsten Kapitel „Aufseherregende Wechsel“.

## **Aufseherregende Wechsel**

2014 sorgte der Wechsel des ehemaligen Bundesgesundheitsministers (2011–13) Daniel Bahr (FDP) zum Versicherungskonzern Allianz für Diskussionen. Er wurde Generalbevollmächtigter der Allianz Private Krankenversicherung für Leistungsmanagement und Vertriebskoordination. Nun konnte er die Gesetze, die er vorher in die Wege geleitet hat, umsetzen und seinen Verdienst nochmals



[.....]

Leseprobe

Aufsichtsratsvergütungen über 7000 € pro Jahr, zu dieser Entscheidung beigetragen ...

## **Wahlbeteiligung**

Im Dezember 2014 gab die SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi der Tageszeitung „Die Welt“ ein Interview, in dem es um die sinkende Wahlbeteiligung ging. Danach will sich die Politikerin nicht mit einer Wahlbeteiligung von möglichen 50 % abfinden. Sie möchte ein neues Verfahren, um der sinkenden Beteiligung entgegenzuwirken: Wahlen sollen eine Woche dauern und nur noch alle fünf Jahre stattfinden. Außerdem soll an öffentlichen Orten, etwa Bahnhöfen, gewählt werden. In dem Interview wirft die Generalsekretärin den Wählern Bequemlichkeit und Faulheit vor. Sie möchte deshalb mit dem Wahllokal zu ihnen kommen.<sup>119</sup> Diese Vorschläge beseitigen nicht die grundsätzlichen Ursachen der „Wahlmüdigkeit“. Eine bessere Lösung wäre es, gute Politik zu machen. Die Generalsekretärin übertrifft mit ihrer Analyse eindeutig das erlaubte Maß an Arroganz.

Eine kleine Analyse zur Wahlbeteiligung, zunächst bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament:

## Beteiligung an Europawahlen<sup>120</sup>

Jahr	Anteil (%) Deutschland	Anteil (%) EU
1979	65,7	62,0
1984	56,8	59,0
1989	62,3	58,4
1994	60,0	56,7
1999	45,2	49,5
2004	43	45,5
2009	43,3	43,0
2014	48,1	42,5

Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 2014

In der Südwestpfalz wurde 2014 mit 66,9 % die höchste Wahlbeteiligung in Deutschland festgestellt, im Landkreis Regen (Bayern) mit 26,4 % die niedrigste.<sup>121</sup>

Die Europapolitik war also weit weg vom Bürger und wurde als relativ unwichtig (für die eigenen Belange) angesehen. Die meisten fühlten sich von „Brüssel“ einfach nicht vertreten. Die Posten in der EU-Kommission waren vor den Wahlen auf die Mitgliedsstaaten verteilt worden, sodass der Wähler keinen Einfluss auf die Zusammensetzung der Exekutive hatte. Das ist europäisches Vertragsrecht, die Europawahl erschien nicht als Ausdruck in einer lebendigen (europäischen) Demokratie. Im Gegenteil.

Mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten blieb der Abstimmung fern, sodass die politische Legitimation der Abgeordneten durchaus infrage steht. Ein Vergleich: Die Große Koalition hatte bei der Bundestagswahl

2013 mit rund 60 % der abgegebenen Stimmen eine deutliche Mehrheit. Wenn man jedoch die 28,5 %<sup>122</sup> der Nichtwähler in die Rechnung einbezieht, kam die CDU/CSU statt 41,5 % nur auf einen Anteil von knappen 30 % und die SPD statt 25,7 % nur 18,4 %. So gerechnet, erhielt die Koalition nur 48,8 %. Kann eine Regierung mit weniger als 50 % Zustimmung als demokratisch bezeichnet werden?

Leseprobe